

Abs.:

Botschaft des Königreichs Thailand

S.E. Herrn Chittipat Tongprasroeth

Lepsiusstr. 64-66

12163 Berlin

Hameln, 01.04.2025

Sehr geehrter Herr Botschafter,

von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International habe ich erfahren, dass fünf uigurische Männer, die im Zentralgefängnis Klong Prem in Bangkok inhaftiert sind, nur deshalb begnadigt werden könnten, damit ihre Abschiebung nach China beschleunigt durchgeführt werden kann. Damit würden sie dasselbe Schicksal erleiden wie 40 andere uigurische Flüchtlinge Ende Februar dieses Jahres.

Die fünf Männer, die wahrscheinlich in Kürze ebenfalls abgeschoben werden sollen, flüchteten im März 2014 aus der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang, weil sie dort schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren. Zwei von ihnen waren zu diesem Zeitpunkt noch minderjährig. In Thailand wurden sie wegen angeblichen Menschenmuggels auf der Grundlage des Einwanderungsgesetzes in Hafteinrichtungen der Einwanderungsbehörde inhaftiert, in denen Menschen, die sich ohne Erlaubnis in Thailand aufhalten, unbefristet in Gewahrsam genommen werden können. Der Zugang zum UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) wurde ihnen verweigert, so dass sie nicht den Flüchtlingsstatus beantragen konnten.

Amnesty International kritisiert die Hafteinrichtungen für Einwanderer in Thailand als sehr schlecht, da der Zugang zu medizinischer Versorgung unzureichend ist und bereits zu Todesfällen geführt haben. Die fünf Männer, die sich im Frühjahr 2020 unerlaubt aus dem Gebäude der Einwanderungsbehörde in Mukdahan im Nordosten Thailands entfernt hatten, berichteten, dass sie unter extrem schlechten Bedingungen dort festgehalten wurden. Sie wurden zu Haftstrafen bis 2029 verurteilt.

Ich habe mich in dieser Angelegenheit an die Ministerpräsidentin Ihres Landes gewandt. Eine Kopie meines Schreibens lege ich diesem Brief bei.

Ich bitte auch Sie, Herr Botschafter, dringend, sich dafür einzusetzen, dass die fünf Geflüchteten ein faires Asylverfahren und einen Rechtsbeistand ihrer Wahl erhalten. Keinesfalls dürfen sie nach China abgeschoben werden, wo ihnen Inhaftierung, Folter und andere schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit drohen.

Mit freundlichen Grüßen